

Rede von Steffi, die bei der KSG beschäftigt ist und gerade mit ihren Kolleg*innen um bessere Löhne und Arbeitsbedingungen kämpft:

▶ Liebe Göttinger:innen und Kolleg:innen:

Ich bin Steffi, ich arbeite im hauswirtschaftlichen Dienst als Reinigungskraft auf Intensivstationen, eine davon ist die Corona Intensivstation. Ich bin Mitglied in der Tarifkommission und Verhandlungsdelegation der KSG. **Wir berichten hier als Arbeitende** stellvertretend für circa 800 Mitarbeiter*innen über die Situation der Angestellten der Klinikservice GmbH am Uniklinikum Göttingen, kurz KSG genannt.

2008 geschah die Ausgründung angeblich patient:innenferner Bereiche der UMG in eigens hierfür gegründete Tochterfirmen. Seit 2015 bewirtschaftet die KSG auch die Reinigung der kompletten Universität Göttingen. **Die Klinikservice GmbH ist die größte Tochterfirma der Uniklinik und Universität Göttingen.** Sie erbringt Dienstleistungen für die Uni in den Büroeinrichtungen sowie Forschungs- und Bildungsbereichen und im Klinikum in der Reinigung, dem Patiententransport, der Wäscherei und im Zentral-OP.

Unter den Beschäftigten existiert eine „Zwei-Klassengesellschaft“, mit Alt-Beschäftigten die nach dem Tarifvertrag der Länder (TV-L) bezahlt werden und KSG-Beschäftigten, die nach dem Haustarifvertrag, angestellt sind. **Wir von der KSG bekommen 20 bis 35% weniger Lohn für die gleiche Tätigkeit.** Das ist ein Lohnunterschied von tausenden von Euros im Jahr, der nur eingeführt wurde, um Lohndumping an uns zu betreiben. Mehrheitlich arbeiten hier Frauen und Menschen mit Migrati-

onshintergrund. Wir bekommen meist nur Teilzeitverträge. Einige sind deshalb auf Zweit-Jobs angewiesen, manche müssen beim Amt aufstocken.

Unsere Kolleg*innen berichten uns von der Angst die sie in Hinblick auf die Zukunft haben. Leute, die auch bisher schon immer keine großen Sprünge machen konnten, fürchten nun endgültig von der Politik in die Armut manövriert und von der Gesellschaft abgehängt zu werden. Die Schere zwischen Arm und Reich spaltet sich weiter, die Perspektive wird immer mieser. Und dabei wollen wir gar nicht daran denken, welche Armut uns im Alter wohl mal blühen wird. Die Menschen sind ausgelaugt vom vielen Arbeiten, kommen kaum zur Ruhe und müssen doch immer zusehen wo sie bleiben. Die Kolleg*innen berichten schon jetzt, dass sie sich das Leben mit Kindern immer weniger leisten können. Bei all den Preissteigerungen und Belastungen wird das Geld für Schulbücher, Medikamente und Freizeit schnell zum Problem.

Großes Konfliktthema an der KSG ist auch der eklatante Personalmangel, der zu Überlastung und hohem Krankenstand führt.

Dies Alles geht bedrohlich an unsere Existenz und so kann es nicht weitergehen!

Deshalb wenden wir uns an die allgemeine Öffentlichkeit, an die Geschäftsführung der Klinikservice GmbH und den Vorstand der Universitäts-Medizin-Göttingen:

im Internet

https://www.goettinger-linke.de/goeblae_2023/

Kontakt

POST: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: Druckerei Wittchen
Telefon: 05503 3008

Inhalt

KSG Arbeitskampf	1
VVN-BdA	2
FG Cuba	3
DKP	4
Grobian	5
DIE LINKE. Termine	6
DIE LINKE. Kreisverband	7
DIE LINKE. im Kreistag	8
Rotes Zentrum e.V.	9
Göttinger Linke	10
Göttinger Linke Ratsinfo	11
Soziales Zentrum	12

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 02.2023
ist der 19. Jan.
Auslieferung ab dem 26. Dez.

■ **Verspielen sie nicht die Lebensgrundlage von ca 800 betroffenen Kolleg*innen, die Tag für Tag unermüdlich arbeiten und so den Betrieb des Klinikums und der Uni am Laufen halten! Schließlich müssen wir es uns weiterhin leisten können für sie zu arbeiten.**

■ **Wir wollen es nicht weiter hinnehmen, dass die Probleme auf unseren Rücken ausgetragen werden!**

■ **Wir wollen gleiche Anerkennung für unsere gute und zuverlässige Arbeit. Wir wollen den TV-L!**

■ **Und von der Politik fordern wir, dass ausreichend Gelder für die Personalkosten der Krankenhäuser in den Landeshaushalt eingeplant werden, damit das Klinikum vom Land rückfinanziert werden kann!**





Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

<https://niedersachsen.vvn-bda.de> • <https://antifa.vvn-bda.de>

Keine Gedenktafel für sowjetische Zwangsarbeiter*innen auf dem Hauptfriedhof Göttingen – CDU und SPD lehnen ab

Auf dem Göttinger Hauptfriedhof sind im Rahmen einer sogenannten Umbettung im Jahr 1972 Gräber von sowjetischen Zwangsarbeiter*innen verlegt worden. An dem neuen Standort auf dem Friedhof erinnert heute nichts mehr an die Opfer der NS-Zeit. Alle Beteiligten (Verwaltung, Fraktionen, VVN-BdA) waren sich darüber im Klaren, dass ein Gedenkstein an das Schicksal der 161 Opfer des Nationalsozialismus erinnern sollte. Die Mitarbeiter*innen des Archives der Stadt Göttingen haben die Geschichte der Bestattungen und der Umbettung erforscht und geklärt.

Die Verwaltung der Stadt Göttingen wollte, neben einem QR-Code am Gedenkstein, keine Tafel mit der Geschichte der Zwangsarbeiter*innen und der Umbettung im Jahr 1972 aufstellen.

Die Kreisvereinigung der VVN-BdA hat deshalb die Fraktionen nochmals vor der Kulturausschusssitzung angeschrieben. Aus dem Brief vom 16. November 2022:

„Zwei Punkte wurden noch angesprochen. Die anderen Gedenksteine

für Zwangsarbeiter*innen sollten einmal gereinigt werden, damit sie besser lesbar sind. Der zweite Punkt ist unser Wunsch, neben dem sinnvollen QR-Code auch eine Informationstafel anzubringen. Besucher des Friedhofes, die vor dem neuen Gedenkstein stehen, werden sich die Frage stellen, wo die Gräber sind. Sie sind in der Grünfläche vorhanden, aber nicht durch Grabsteine oder Kreuze erkennbar. Nur die Besitzer bzw. Nutzer eines Smartphones könnten über den QR-Code eine Antwort bekommen. Es haben nicht alle Menschen ein Smartphone bzw. wollen lieber den Text auf einer Tafel lesen. Deshalb sollte eine Tafel, z.B. DIN A3, im 45-Grad-Winkel neben dem neuen Gedenkstein angebracht werden. Sollten durch die zusätzliche Tafel Mehrkosten entstehen, würden wir uns als Kreisvereinigung der VVN/BdA beteiligen. Wir sichern zu, die Tafel regelmäßig zu reinigen.“

Am 22. November hat die Sitzung des zuständigen Kulturausschusses stattgefunden. Es ist die Errichtung des Gedenksteines für die sowjetischen Zwangsarbeiter*innen auf dem Hauptfriedhof und eine Veranstaltung am 8.

Termine:

18. Januar 2023, 16.30 Uhr

Sprecher*innen VVN-BdA Göttingen trifft sich

Der Kreis der Sprecher*innen der VVN-BdA Göttingen trifft sich regelmäßig und Gäste sind herzlich willkommen. Das nächste Treffen wird wieder im Café INTI, Göttingen, Wilhelmsplatz stattfinden. Wir besprechen bei den Treffen unsere Vorhaben und alles, was noch politisch in Göttingen so ansteht.

03. Februar 2023, 19 Uhr

Jahreshauptversammlung des VVN-BdA im Roten Zentrum,

Wir laden herzlich zu unserer Jahreshauptversammlung im neuen Jahr ein. Mitglieder und die, welche es werden möchten sind herzlich eingeladen. Für das leibliche Wohl wird gesorgt werden.

Bitte kommt möglichst mit (Selbst-)Test, allerdings kein muss!

Mai 2023, dem Tag der Befreiung vom Faschismus, beschlossen worden.

Torsten Wucherpfennig von der Linken Fraktion hat unseren Vorschlag aufgegriffen und einen Änderungsantrag eingebracht. Neben dem QR-Code sollte eine Tafel aufgestellt werden, die auf die Geschichte der Gräber eingeht. Die Verwaltung hat sich daraufhin in der Sitzung noch einmal deutlich gegen diesen Vorschlag, wegen der Kosten und dem Reinigungsaufwand, ausgesprochen. Bei der anschließenden Abstimmung stimmten „die GRÜNEN“ und „die LINKE“ für den Änderungsantrag, die SPD und die CDU dagegen. Die Abstimmung war vier zu vier und damit war leider der Änderungsantrag abgelehnt. Bei dem Tagesordnungspunkt „Anfragen“ hat einer der Sprecher der Kreisvereinigung der VVN-BdA, Hans Georg Schwedhelm, unseren Vorschlag begründet. Er sicherte den Fraktionen und der Verwaltung zu, dass die gesamten Mehrkosten für die Tafel von der VVN-BdA getragen werden und ein Mitglied die Tafel regelmäßig überprüft und reinigt. Auch dies hat leider zu keiner Änderung der Position geführt. (hgs)

Kriegsgräberfeld auf dem Göttinger Hauptfriedhof



Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de • www.fgbrdkuba.de

Mitgliederversammlung:

10. Januar, 19.00 Uhr, Kleiner Ratskeller, Judenstraße



► Antrag: Unterstützung der Republik Cuba in ihrem Kampf zur Aufhebung der US-Blockade und der Sanktionen, auf Vorschlag von DIE LINKE

Die Europäische Linke begrüßt das überwältigende Abstimmungsergebnis in der Generalversammlung am 3.11.2022 über die Resolution „Die Notwendigkeit der Beendigung des wirtschaftlichen, kommerziellen und finanziellen Embargos, das die USA gegen Kuba verhängt hat“:

Seit 30 Jahren ohne Unterbrechung stimmen fast alle Länder der Erde (185) gegen die 60 jährige einseitig verhängte Blockade, die internationales und Völkerrecht verletzt und die gemäß der Charter der Vereinten Nationen einen „kriegerischer Akt“ darstellen. Die einzigen Länder, die diese illegale Blockade unterstützen, sind die USA selbst und Israel, Brasilien und die Ukraine enthielten sich. Bis heute ignoriert die USA-Regierung diese machtvoll Abstimmung und verstößt weiterhin gegen sie.

Die Partei der Europäischen Linken (EL) fordert die Regierungen und die EU auf, konkrete Schritte gegen die US-Blockade und insbesondere wirksame Maßnahmen gegen die extraterritorialen Auswirkungen in Europa zu unternehmen. Darüber hinaus auch eine Ende der finanziellen Blockade herbeizuführen, die aufgrund des EU-Gesetzes (Council Re-

gulation (EC) No 2271/96 vom 22. Nov. 1996) illegal ist, der sich aber europäische Banken auf US-amerikanischen Druck hin beugen.

drängt die Europäische Kommission, eine Beschwerde bei der WTO gegen die fortwährende Verletzung des internationalen Handelsrechts wegen der US-Blockade gegen Kuba und Venezuela einzureichen.

fordert die Europäische Kommission auf, das Abkommen über politischen Dialog und Zusammenarbeit zwischen der EU und Kuba in vollem Umfang umzusetzen.

protestiert gegen jegliche Maßnahmen, die die Souveränität der Staaten in der Region Lateinamerika verletzen, die geeignet sind, gegen das Recht auf Selbstbestimmung der Völker zu verstoßen, einschließlich von wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen, die besonders die Bevölkerung treffen.

ruft weltweit alle fortschrittlichen Kräfte auf, gegen die Blockade zu protestieren und die Solidaritätsbewegung zu verbreitern. Die EL und ihre Mitgliedsparteien tragen eine hohe Verantwortung dafür, soweit Europa betroffen ist. Über zivilgesellschaftliche und parlamentarische Initiativen gegen die Blockade müssen wir den Druck im Europäischen Parlament und in den nationalen Parlamenten erhöhen.

Eine konkrete Idee für die nähere Zukunft ist es, wahrscheinlich nach den nächsten europäischen Wahlen, ein „Tribunal“ durchzuführen, bei dem Solidaritätsbewegungen, Parlamentarier, anerkannte Persönlichkeiten, Juristen, Wissenschaftler, Gewerkschaften und Stiftungen eingebunden werden können. Damit soll eine größere Öffentlichkeit erreicht werden, die den illegalen Charakter und die Verletzung der Menschenrechte Kubas und seiner Bevölkerung anklagen kann.

Filmpremiere in Göttingen

MÉLIÈS

La Clave – Das Geheimnis der kubanischen Musik (2021)

Kurt Hartel, Jahrgang 1946, ist promovierter Physiker und obendrein ein begeisterter Jazzmusiker, Bergsteiger, Skifahrer und Unternehmer. Diese Vielfältigkeit passt perfekt zu dem Dokumentarfilm, den er geschaffen hat. „La Clave – Das Geheimnis der kubanischen Musik“ ist ohne Zweifel ein Herzensprojekt – ein Werk, das (wie Hartel im Regiekommentar erzählt) im siebten Anlauf mit einer selbst gegründeten Produktionsfirma realisiert werden konnte. Mit einem rein kubanischen Team drehte Hartel in der ersten Hälfte des Jahres 2018.

Dieser Unabhängigkeit ist es wohl zu verdanken, dass La Clave nicht wie ein audiovisueller Reisekatalog mit touristischen Motiven wirkt, sondern sehr frei und lebendig anmutet. Mit seinem Kameramann Tousseint Ávila Álvarez begibt sich der Regisseur in die Straßen Kubas, um der Musikszene des karibischen Inselstaats nachzuspüren.

Mehr zum Film hier:
<https://www.fgbrdkuba.de/goettingen/index.html>



Mittwoch, 1. Februar, 20.00 Uhr
Kino Méliès
Geismar Landstraße 19, 37083 Göttingen



Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen

Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen,
<https://goettingen.dkp.de> ★ goettingen@dkp.de



DKP

Deutsche Kommunistische Partei

► Schuften bis zum Umfallen

Der Umgang mit Worten gehört nicht gerade zu den Stärken von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD). Mit Begriffen ist es noch schwieriger, denn Begriffe sind Worte, bei denen man sich etwas denkt; auch so eine Schwäche. Glücklicherweise hat der Kanzler Berater, die ihn im Sinne ihrer Auftraggeber in den Konzernzentralen mit Worten und Gedanken versorgen. Nun haben sie ihm einen neuen Begriff beigebracht: Frührentner.

Laut Scholz gibt es zu viele Menschen, die sich nach dem 63. oder 64. Geburtstag zur Ruhe setzen. Jeder Dritte nutzt die Möglichkeit, nach 45 Jahren Berufstätigkeit abschlagsfrei in den Ruhestand zu gehen. Ein Viertel derjenigen, die 2021 die Rente beantragten, nahm zum Teil erhebliche Kürzungen in Kauf, um vorzeitig aus den Schinderbuden zu entfliehen. Das geht natürlich nicht. Bekanntermaßen dient ein Menschenleben im Kapitalismus dem höheren Zweck, die eigene Arbeitskraft bis zum Schluss in den Dienst der Profitmacherei zu stellen. Wer nicht bis zum Umfallen buckelt, vernachlässigt diese Pflicht und läuft Gefahr, am Ende der Arbeit noch etwas Leben übrig zu haben.

Folgerichtig forderte der Kanzler gegenüber der „Funke-Mediengruppe“ nun Maßnahmen, um „den Anteil derer zu steigern, die wirklich bis zum Renteneintrittsalter arbeiten können“. Ein Weg, dies zu erreichen, wäre die Absenkung der Regelaltersgrenze bei vollen Bezügen. Aber das meint Scholz natürlich nicht. Wahrscheinlicher ist, dass die Regierung die Axt an die Möglichkeit legen will, nach 45 Beitragsjahren in den Ruhestand zu treten, auch wenn das 67. Lebensjahr noch nicht vollendet ist. Ausgesprochen wurde das bisher nur von der CSU, doch die öffentliche Debatte bereitet den Boden. Die viel zu langen Lebensarbeitszeiten werden unterschwellig als natürliche Norm verkauft, wenn Menschen, die sich viereinhalb Jahrzehnte lang ausbeuten ließen, als „Frührentner“ diffamiert werden. Die Wahrheit ist: Viele können nicht länger arbeiten.

Für sie wäre jede Verschiebung der Altersgrenze eine direkte Rentenkürzung und eine weitere Aberkennung ihrer Lebensleistung. Man darf gespannt sein, welche Begriffe dem Bundeskanzler an die Hand gegeben werden, um das zu erklären.

► Kriegsweihnacht

STOPPT DAS TÖTEN IN DER UKRAINE -
AUFKRÜSTUNG IST NICHT DIE LÖSUNG!
 FÜR FRIEDEN UND EIN GUTES LEBEN FÜR ALLE!
#STOPPTDENKRIEG



Es ist diese dunkle Jahreszeit, in der Glühwein die Bäuche und Herzen wärmt und Lichterketten den Trübsinn verjagen. Selbstverständlich ist es auch die Zeit der Geschenke. Erfahrene Eltern schulen ihre Kinder frühzeitig: Nein, Kriegsspielzeug gibt es nicht. Und ein Pony passt nicht in die Wohnung!

Mit der Zeit passen sich die Kleinen an und versuchen, Widersprüche auf dem Wunschzettel zu vermeiden. Was passiert, wenn dieser pädagogische Ansatz fehlschlägt, kann derzeit beim ukrainischen Regierungspersonal

beobachtet werden. Den Aufschlag machte Botschafter Makeiev, der sich in einem Video auf „Twitter“ neue Waffensysteme für den Krieg gegen Russland wünschte. Präsident Selenski zog am Dienstag nach. Sein Wunschzettel beinhaltete Panzer und Langstreckenraketen, aber auch einen russischen Abzug und einen „Weltfriedensgipfel“.

„Zu Weihnachten wünsche ich mir Waffen und den Weltfrieden“ – wer diesen Satz hört, denkt vielleicht noch einmal darüber nach, wie er das Pony in die Wohnung bekommt.

Mitgliederversammlung Januar 23

3. Januar und 17. Januar

Bei Redaktionsschluss standen die Themen noch nicht fest. Es wird per mail eingeladen

Alle MV'en finden um 20.00 Uhr im
 Roten Zentrum, Lange Geismarstr. 2 statt.



Die DKP wünscht nette Weihnachtstage:

Morgen, Kinder, wird's nichts geben

*Morgen, Kinder, wird's nichts geben!
 Nur wer hat, kriegt noch geschenkt.
 Mutter schenkte euch das Leben.
 Das genügt, wenn man's bedenkt.
 Einmal kommt auch Eure Zeit.
 Morgen ist's noch nicht so weit.*

*Doch ihr dürft nicht traurig werden,
 Reiche haben Armut gern.
 Gänsebraten macht Beschwerden,
 Puppen sind nicht mehr modern.
 Morgen kommt der Weihnachtsmann.
 Allerdings nur nebenan.*

*Lauf ein bisschen durch die Straßen!
 Dort gibt's Weihnachtsfest genug.
 Christentum, vom Turm geblasen,
 macht die kleinsten Kinder klug.
 Kopf gut schütteln vor Gebrauch!
 Ohne Christbaum geht es auch.*

*Tannengrün mit Osrambirnen –
 lernt drauf pfeifen! Werdet stolz!
 Reißt die Bretter von den Stirnen,
 denn im Ofen fehlt's an Holz!
 Stille Nacht und heilige Nacht –
 Weint, wenn's geht, nicht! Sondern lacht!*

*Morgen, Kinder, wird's nichts geben!
 Wer nichts kriegt, der kriegt Geduld!
 Morgen, Kinder, lernt fürs Leben!
 Gott ist nicht allein dran schuld.
 Gottes Güte reicht so weit.
 Ach, du liebe Weihnachtszeit!*

(Erich Kästner)

GROBIAN GRONER BÜRGERINITIATIVE ANTIFASCHISMUS

- ☛ Kontakt unter 0551-93435 (Gunnar)
- ☛ Mail: grobian-grone.web.de
- ☛ Treffen: Montags, 19.00 Uhr



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

► Verwaltung des Mangels statt planerische Weitsicht

Jedes der bunten Bänder vor dem Rathaus (s. Foto) steht für eine ausgefallene Betreuung in der Kita und damit für einen „Stresstag“ für Eltern und Kinder, die kurzfristig ihren Alltag anpassen müssen, an eine desolate Situation. Wie ist es dazu gekommen?

Es war einmal ... in den 1980er Jahren: Diskutiert wurde über Bildung in Kita und Schule, wie das gut „organisiert“ werden könnte, damit alle Kinder eine qualitativ gute Betreuung und Bildung erhalten und damit ihre Ressourcen erkennen und entwickeln können. Die Forderungen damals: Kleine Gruppen in der Kita, kleine Klassen in der Schule, ausreichend Erzieher*innen und Lehrer*innen. Ein demokratisiertes Bildungssystem war das Stichwort.



Das Ergebnis dieser Notsituation: Eine qualitative und zuverlässige Bildung und Betreuung kann nicht mehr zur Verfügung gestellt werden; es wird nur noch der Notstand verwaltet!

Und heute, nach rd. 40 Jahren? Neben allen Krisen, die uns beschäftigen, ploppt seit einiger Zeit Notstände - aktuell ist es die Behandlung von Kindern in den Kinderkliniken, die einen Aufschrei hervorruft - auf, die sich dramatisch ausweiten:

Zu wenig Fachkräfte in den Kitas,
Flucht aus dem Erzieher*innenberuf,
viele Eltern und Kinder, die auf einen
Betreuungsplatz warten.

Die berufliche Ausbildung, die schon lange auf eine Anpassung wartet, nämlich auf eine Ausbildung für Erzieher*innen, die bezahlt wird.

In den Schulen hängt die technische Ausrüstung hinterher, Förderschullehrer, die das inklusive Lernangebot umsetzen sollen, stehen nicht ausreichend zur Verfügung. Kleine Veränderungen, die in den vier Jahrzehnten passiert sind, konnten das Problem nicht meistern - zurzeit tut sich etwas im Land: Die duale Ausbildung für Erzieher*innen wird wohl in den nächsten Jahren kommen.

*Fortsetzung auf der Seite der Wähler*innen-gemeinschaft /Seite 10*



Winterkino Grone im Januar!

Motto:

„Filmstadt Göttingen“

Winterkino Grone

am Freitag, 13. Jan., 18.30 Uhr!

Ort: Jona-Gemeinde, Deisterstraße
(Direkt an der Bushaltestelle)

Filmtitel:

Lou Andreas-Salomé



Lou Andreas-Salomé ist eine Filmbiografie von Cordula Kablitz-Post, die am 30. Juni 2016 in die deutschen Kinos kam und mittlerweile auch in Österreich, der Schweiz, Frankreich und den USA lief. Der Film erzählt von der Schriftstellerin und Psychoanalytikerin Lou Andreas-Salomé.

Wer über kurzfristige Änderungen informiert werden möchte, kann seine Email-Adresse hinterlassen. Entweder direkt an „Winterkino-Grone@web.de“ schreiben oder sich in die ausliegende Liste bei den Veranstaltungen eintragen. Wer keine Email hat, kann auch seine Telefonnummer hinterlassen oder sich unter der Telefonnummer 0551-96550 melden. Dann können wir bei kurzfristigen Änderungen, Absagen etc. schnell informieren.

R.T. – Einer von uns!

R.T. wie wir Ralf Thorsten schon sehr früh nannten, lernte ich gleich zu Beginn meiner Arbeit 1990 im Jugendtreffpunkt Grone-Süd kennen. Dort war R.T. oft und hatte viel zu erzählen. Er war damals 20 Jahre alt und außerhalb unseres Jugendtreffs locker mit anderen Jugendlichen in Grone-Süd verbunden. R.T. konnte witzig sein, war sehr sprachbegabt und politisch interessiert. Zum Studium der Biologie, war er an der Uni in Kassel eingeschrieben, später in Göttingen.

Die Eltern hatten sich früh getrennt, er lebte mit der Mutter in Grone. Als die Mutter Ende der 1980er Jahre verstarb, übernahm er die viel zu große elterliche Wohnung. Das führte immer wieder zu finanziellen Engpässen, zuerst noch an der Uni, später als Erwerbsloser in Konflikt mit dem örtlichen Jobcenter. R.T. wurde über seine Schulkontakte aktiv in der örtlichen Naturfreundejugend, war Kassierer und bei allen Treffen noch im alten Naturfreundehaus im Hagenweg dabei. Immer wieder mit befristeten Jobs und ABM versehen, trat er bereits 1993 in die Gewerkschaft ÖTV (später ver.di) ein und wurde 2018 für seine 25-jährige Mitgliedschaft geehrt (s.Foto: Im Hintergrund der damalige Vorsitzende Klaus Schild).

Bis zu Beginn der Pandemie 2020 war er bei den GROBIANEN mehr oder weniger aktiv dabei. Im Januar 2022 ist er 52 Jahre alt geworden. Von seinem plötzlichen Tod und der anonymen Beerdigung haben wir leider erst aus der Zeitung erfahren. R.T. war manchmal nicht einfach, aber ein feiner Kerl, einer von uns, der wusste, was Solidarität ist.

Ralf Thorsten, mach's gut.



Rüdiger Deißler



Kreismitgliederversammlung

Am 11.01.2023 um 19:00 Uhr im Haus der Kulturen, Hagenweg 23, 37081 Göttingen.

Tagesordnung:

1. Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
2. Wahl der Versammlungsleitung, der Mandatsprüfungskommission und einer Wahl- und Zählkommission
3. Beschluss der Tagesordnung
4. Vorhaben im Jahr 2023
5. Wahl einer Kassenprüferin / eines Kassenprüfers
6. Finanzplan 2023
7. Berichte
 - a. Fraktionen
 - b. Linksjugend
 - c. Kreissprecher:innenrat
8. Sonstiges

Vortrag zu Stop Trinity in Wolfsburg mit Tobias Rosswog

Am 12.01.2023 um 19:00 Uhr im Hollbornschen Haus, Rote Straße 34, 32073, Göttingen.

Aktiventreffen

Am 11.01.2023 um 19.00 Uhr im Saal der Roten Hilfe (direkt neben dem Roten Zentrum, Lange Geismarstr 2, 37073 Göttingen)

Rosa-Luxemburg-Konferenz/Liebkecht-Luxemburg-Gedenkdemo

Am 14./15.01.2023 in Berlin. Ansprechpartner ist Yannik, melde dich bei ihm, wenn du mitfahren möchtest.

Veranstaltung mit Oliver Nachtwey zu seinem aktuellen Buch „Gekränkte Freiheit“

Nachtwey zeigt in seinem neuen Buch wie der libertäre Autoritarismus Einzug gehalten hat in den politischen Diskurs und lautstark für individuelle Freiheiten streitet. Dabei geht es um Freiheit von Rücksichtnahme, gesellschaftlichen Zwängen und gesellschaftlicher Solidarität. Er beschreibt den libertären Autoritarismus als Folge der Freiheitsversprechen der Spätmoderne, die zusammen mit dem Gefühl von Machtlosigkeit eine Kränkung hervorruft, die sich in Ressentiments und Demokratiefeindlichkeit äußert.

Am 19.01 um 19:00 Uhr im Holbornschen Haus.

Aktiventreffen

Am 25.01.2023 um 19.00 Uhr im Saal der Roten Hilfe (direkt neben dem Roten Zentrum, Lange Geismarstr 2, 37073 Göttingen)

ABC des Kapitalismus

Am 28.01.2023, ganztags. Genauere Infos folgen über den Newsletter

Ortsmitgliederversammlung des Ortsverbandes Göttingen

am 30.01.2023 um 19:00 Uhr im Roten Zentrum. Das Thema wird über den Newsletter bekannt gegeben.

Kommunalpolitischer Arbeitskreis

am Mittwoch, 11. 01.2023 19:00 Uhr im Neuen Rathaus, Raum 1118

Thema: Migrations- und Flüchtlingspolitik. (Weitere Informationen auf S. 10 (GöLi-Seite))

Rosa-Luxemburg-Club

Das nächste Treffen des RLC-Göttingen findet am 24.1.23 um 19.00 Uhr im Monster-Café, Goetheallee, statt. Für Fragen: rlc-goettingen@rls-nds.de

KV Göttingen/Osterode

Lange Geismarstraße 2, 37073 Göttingen
Tel.: 05 51 - 29 14 05 46
kreisverband@die-linke-goettingen.de

Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Anfragen an: kreisverband@die-linke-goettingen.de

Jugendverband [;solid]:

goettingen@linksjugend-niedersachsen.de
und auf Instagram unter [linksjugend.goettingen](https://www.instagram.com/linksjugend.goettingen)
Homepage: <https://solid-goettingen.de/>

Ortsverbände:

OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:
ortsverband@dielinke-goettingen.de

OV Rosdorf

Bettina Weigert, Tel. 0175-1948368
rosdorf@dielinke-goettingen.de

OV Bovenden

Oliver Preuss, Tel. 0179-7322549

OV Altkreis Osterode

Ilyas Cangöz
kreis.osterode@die-linke-goettingen.de

OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,
37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,
dransfeld@dielinke-goettingen.de

OV Hann. Münden

E-Mail: Hann.Muenden@die-linke-goettingen.de
Phillip Ammermann, Tel. 0171-1728270

Zusammenschlüsse:

Ökologische Plattform:

Eckhard Fascher, Tel. 01523 2077973
Festnetz: 0551-40137061
eckhardfascher@web.de

AG Antifa

ag-antifa@die-linke-goettingen.de

AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,
Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,
E-Mail: ag-bg@dielinke-goettingen.de

AG Frauen

Britta Schmerling, Tel. 0177 8534351

Sozialistische Linke

Dietmar Reitemeyer
E-Mail: SL-Goettingen@web.de

Kommunistische Plattform

Peter Strathmann,
E-Mail: walter.noobsch.kpf@gmx.de

Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Elvira Kalusa,
E-Mail: rlc-goettingen@rls-nds.de
<http://nds.rosalux.de/> und bei facebook.

Spendenkonto KV Göttingen

Volksbank Kassel Göttingen eG
IBAN DE08 5209 0000 0047 3038 00

► Lohnabhängigenbewusstsein in Zeiten der Krise

Wie blicken Lohnabhängige auf sich und die Gesellschaft, in der sie leben? Ist diese Frage insbesondere für die politische Linke seit jeher von Relevanz, so drängt sie sich umso mehr in Zeiten galoppierender Inflation auf – ist es doch gerade diese Bevölkerungsgruppe, der eine substanzielle Senkung ihres Lebensstandards droht. Die Dezember-Ausgabe der Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung nimmt dies zum Anlass, verschiedene Stimmen aus der arbeitssoziologischen Forschung einerseits und den sich gegenwärtig formierenden Sozialprotesten andererseits unter der Überschrift „Lohnabhängigenbewusstsein – Solidarität und Konkurrenz in der Krise“ zu versammeln.

Erfahrungen aus der Arbeitswelt führen dabei nicht zwangsläufig zu einem bestimmten Gesellschaftsbild, so eine zentrale Erkenntnis der von Yannik Pein umrissenen arbeitssoziologischen Bewusstseinsforschung. Im Job erlebtes kann von den Einzelnen unterschiedlich verarbeitet werden, und nicht zuletzt gewerkschaftliche und politische Akteure haben einen Einfluss darauf. Basis jeder Form von solidarischer Haltung ist dabei aber stets die Kooperation im Betrieb, weshalb Richard Detje und Dieter Sauer verschiedene Fallbeispiele vorstellen, in denen Belegschaften zu praktischer Solidarität in interessenspolitischen Konflikten übergegangen sind. Deutlich wird aus diesen u.a., dass solidarisches Handeln nur als kollektiver Lernprozess entsteht, der von engagierten Aktiven aus Betrieb und Gewerkschaft vorangetrieben wird. Dass gewerkschaftliche Basisarbeit auch gesellschaftspolitische Dimensionen hat verdeutlicht Maren Hassan-Beik, die unterschiedliche Deutungen der Klimakrise bei Fridays-for-Future Aktive und Azubis aus der Automobilindustrie untersucht. Die bei letzteren stärker vorhandene Wahrnehmung als Konflikt zwischen ökologischer und sozialer Frage ist ihr zufolge dabei nicht

allein auf die Klassenlage zurückzuführen, sondern verweist auch auf ein Defizit der Gewerkschaft in ihrer Rolle als gesellschaftspolitischer Akteur, dem die Aufgabe zukäme, eine bestimmte Krisendeutung zu vermitteln. Mit (möglichen) Konflikten zwischen deutschen und migrantischen Beschäftigten in der Baubranche beschäftigt sich der Beitrag von Linda Beck. Auf der Suche nach Gemeinsamkeiten dieser Gruppen ergibt ihre Befragung vor allem das Bewusstsein über geteilte Erfahrungen der Lohnabhängigkeit als eine Grundlage, auf der gemeinsame Interessen artikuliert und mobilisiert werden könnten.



Mit der realexistenten Mobilisierung von Beschäftigteninteressen im Zuge von Arbeitskonflikten befasst sich der Streikmonitor für das erste Halbjahr 2022. Festgestellt wird dabei Zunahme von Streiks und Aktionen gegenüber dem Vorjahr. Im Kontext der Corona-Pandemie waren zahlreiche Kompromisse ohne ernsthafte Auseinandersetzungen und zugunsten der Unternehmen von gewerkschaftlicher Seite aus hingenommen worden. Mit der Normalisierung der pandemischen Situation normalisiert sich auch das

Streikgeschehen, eine Entwicklung der angesichts des coronabedingten „Nachholbedarfs“ und des aktuellen Inflationsgeschehens eine potenziell noch zunehmende Dynamik bescheinigt wird. Deutlich wird die praktische Relevanz von Lohnabhängigenbewusstsein auch an den Stellungnahmen verschiedener Akteure der Sozialproteste im Herbst 2022. So sieht Jens Liedtke (DGB) die Chance einer gewerkschaftlichen Beteiligung an Sozialprotesten darin, dass hier gemeinsame Nöte von Beschäftigten über die Betriebs- und Branchengrenzen hinweg erfahrbar werden können. Eine ähnliche Stoßrichtung verfolgt laut Ines Schwerdtner (Jacobin) die Kampagne Genug ist Genug, die in einer Verbindung von Sozialprotest und gewerkschaftlichen Auseinandersetzung die realen Machthebel und Erfolgsmöglichkeiten, die in Arbeitskämpfen liegen, für die oft auf symbolischen Protest begrenzte deutsche Linke erfahrbar machen will. Einen solchen Zweiklang aus Sozialprotest und Arbeitskampf unterstützt laut Daphne Weber auch DIE LINKE. Dabei will man zusätzlich noch auf den langfristigen Aufbau lokaler zivilgesellschaftlicher Strukturen setzen, etwas das Rechte in den letzten Jahren erfolgreich praktiziert und Linken nun voraus hätten. Dies ist Gerd Wiegel (Politikwissenschaftler) zufolge auch ein entscheidender Grund dafür, dass die (extreme) Rechte das Alltagsbewusstsein vieler Menschen vor allem in Ostdeutschland prägen und ihre berechtigten Unzufriedenheiten in autoritär-nationalistische Bahnen lenken kann.



Mit diesen und zahlreichen weiteren Beiträgen, Kommentaren, Berichten und Besprechungen stellt auch diese Ausgabe der Z. eine für Linke wissenschaftlich fundierte Handreichung zur Orientierung in politischen Auseinandersetzungen der Gegenwart dar.

Yannik Pein



DIE LINKE. im Kreistag Göttingen

► Thomas Goes für DIE LINKE im Kreistag

Seit November 2022 gibt es bei der Linksfraktion im Göttinger Kreistag ein neues Gesicht: Für den aus beruflichen Gründen ausgeschiedenen Martin Rieth rückt der 42jährige Sozialwissenschaftler Thomas Goes jetzt nach.

Thomas Goes, der sich in der Öffentlichkeit bereits mit seinen Direktkandidaturen zur Bundestags- und Landtagswahl einen Namen gemacht hat, gehört seit Oktober 2021 dem Kreis-sprecher*innenrat des Kreisverbandes Göttingen/Osterode an und arbeitet seit 2015 als Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Soziologischen Forschungsinstitut Göttingen (SOFI).

Wichtig ist ihm: der Sozialstaat darf Armut und soziale Probleme nicht verwalten. Seine Aufgabe ist es, die Ballung

des Reichtums in der Oberklasse zu bekämpfen, Wohlstand für alle zu schaffen und so das Lebensglück der Mehrheit zu vergrößern.

Ein Schwerpunkt seiner Arbeit im Kreistag wird die Kulturpolitik sein, wo er vor allem fordert, die Finanzierung einer vielfältigen Kulturlandschaft, die möglichst kostengünstig für die Bevölkerung ist, auf solide Füße zu stellen.

Ein weiterer wichtiger Bereich wird die Mobilitätswende sein, wo an die bisherigen Initiativen der LINKEN insbesondere bei der Tarifgestaltung angeknüpft werden soll. An einem attraktiven und kostengünstigen ÖPNV wird trotz der aktuellen bundespolitischen Maßnahmen weiterhin auf kommunaler Ebene gearbeitet werden müssen.

Kontakt

DIE LINKE.

im Kreistag Göttingen

Kreishaus, Zimmer 66
Reinhäuser Landstr. 4
37083 Göttingen

Fraktionsmitarbeiter:

Dietmar Reitemeyer
Tel. 0551/525 - 2108

dielinke@landkreisgoettingen.de
www.dielinke-goettingen.de

Sprechzeiten: Montag 10 bis 12 Uhr
+ Donnerstag 14 bis 15.30 Uhr



► Kreistagsfraktion teilt Ausschusssitze neu auf

Die Besetzung der Ausschüsse gestaltet sich im Einzelnen wie folgt:

Ausschuss	Mitglied	Stellvertreter
Kreisausschuss	Andreas Gemmecke	1. Eckhard Fascher 2. Thomas Goes
Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration	Andreas Gemmecke	Thomas Goes
Ausschuss für Personal, Organisationsentwicklung und Gleichstellung	Thomas Goes	Eckhard Fascher
Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr, Bauen, Planen und Energie	Andreas Gemmecke	Thomas Goes
Umweltausschuss	Thomas Goes	Andreas Gemmecke
Jugendhilfeausschuss	Eckhard Fascher	Thomas Goes
Schulausschuss	Eckhard Fascher	Andreas Gemmecke
Ausschuss für Finanzen und öffentliche Einrichtungen	Eckhard Fascher	Andreas Gemmecke
Ausschuss für Kultur, Sport und Partnerschaften	Thomas Goes	Eckhard Fascher

Nachdem Thomas Goes als Nachrücker zur Kreistagsfraktion hinzugestoßen ist, wurde auch eine Neuaufeilung bei der Besetzung der Ausschüsse des Kreistages erforderlich. Diese wurde in einer Fraktionssitzung gemäß den Wünschen und Neigungen unserer Fraktionsmitglieder vorgenommen. Dabei sollte bedacht werden, dass wir zwar in allen Ausschüssen des Kreistages mit einem Abgeordneten vertreten sind, jedoch handelt es sich jeweils nur um ein Grundmandat, was bedeutet, dass wir zwar über ein Rede- und Antragsrecht verfügen, anders als im Kreistagsplenum aber kein Stimmrecht. Zustimmung oder Ablehnung können also immer nur verbal geäußert werden. Nicht wundern sollte sich also jemand, wenn zu einem Antrag der LINKEN vermerkt wird „einstimmig abgelehnt“. Das alles ist, wie wir bereits in früheren Ausgaben erläutert hatten, eine Folge der Einführung des undemokratischen d'Hondt-Verfahrens, durch das die kleineren Fraktionen in dieser Wahlperiode benachteiligt worden sind.

Neben der Besetzung der Ausschüsse entsendet unsere Fraktion noch einen Abgeordneten in den Demografiebeirat. Diese Aufgabe wird von Andreas Gemmecke übernommen, Stellvertreter ist Thomas Goes. Die Benennung eines Vertreters für den SGB II-Beirat wird den kleineren Fraktionen des Kreistages nach wie vor verwehrt.

Rotes Zentrum e.V.

im Lieschen-Vogel-Haus · Lange-Geismar-Straße 2 · 37073 Göttingen

Mail: rotes-zentrum-goettingen@posteo.de

Unser Spendenkonto und das aktuelle Veranstaltungsprogramm senden wir auf Anfrage gerne zu



► Rotes Zentrum in Göttingen

Das Rote Zentrum in Göttingen – das sind Büroräume von Parteien, Abgeordneten und außerparlamentarischen Initiativen. Das Rote Zentrum in Göttingen – das ist ein Bündnisprojekt: Kommunist*innen, Sozialist*innen und Anarchist*innen unterschiedlicher Strömungen teilen sich Räume, arbeiten zusammen und begegnen sich. Das Rote Zentrum in Göttingen – das sind öffentliche Räume für Sitzungen, Plena, Veranstaltungen und Kulturevents. Hier wird debattiert, gestritten, angestoßen, gelacht und getanzt. Seit dem Jahr 2011 befindet sich dieser Ort im Lieschen-Vogel-Haus in der Lange-Geismar-Straße 2 in Göttingen. Und das in guter Nachbarschaft: Tür an Tür mit der Bundesgeschäftsstelle der Roten Hilfe e.V., deren großer Veranstaltungssaal unser Rotes Foyer ergänzt.

Diese komfortable und solide Konstellation ist seit Jahrzehnten gewachsen. Nach der Bertheustraße und der Geismar Landstraße gelang 2011 der große Sprung nach vorn mit dem Einzug in das gegenwärtige Haus. Im Rahmen eines Projektes zur lokalen Arbeiter*innen-Geschichte und Historie des antifaschistischen Widerstandes benannten im Jahr 2012 Haus-Bewohner*innen und Zentrums-Nutzer*innen „ihr Haus“ nach der Kommunistin und Antifaschistin Elisabeth „Lieschen“ Vogel, die von 1923 bis 1941 in Göttingen gelebt und gewirkt hat.

Die gemeinsame Geschichte des Roten Zentrums war von Auf und Abs geprägt, in denen sich Wahlergebnisse, Mandatsgewinne und -Verluste, politische Konjunkturen und äußere Rahmenbedingungen widerspiegeln. Um aus den wiederkehrenden destruktiven Phasen zu lernen, gründeten im September 2018 ein Kern von langjährigen Zentrumsbetreiber*innen und -Nutzer*innen den Verein „Rotes Zentrum Göttingen e.V.“. Dieser koordiniert und verwaltet seither die zahlreichen organisatorischen Aufgaben, die sich aus

dem Betrieb eines Zentrums ergeben. Ein Kreis von Fördermitgliedern finanziert die Gemeinschaftsflächen und gewährt dem Roten Zentrum Stabilität und Handlungsmöglichkeiten. Vor allem aber bemüht sich der Verein „Rotes Zentrum Göttingen e.V.“ aber auch darum, das Rote Zentrum als einen Kommunikations-, Begegnungs- und Bildungsort zu gestalten. Seit dem Herbst 2018 stellt der Verein ein Veranstaltungsprogramm zusammen, in dem die unterschiedlichen Nutzer*innen-Gruppen ihre Besonderheiten und Schwerpunkte den Zentrums-Nachbar*innen sowie einem interessierten Umfeld zur Diskussion und Anteilnahme darbieten.

Das Grünkohlessen mit Karl und Rosa, Forschungen zur Stadtteilgeschichte, Erzählungen zu den Hausdurchsuchungen nach dem G20-Gipfel, Vorträge zur Kommunistin Minna Faßhauer oder zum Lagerwiderstand im KZ-Buchenwald, Diskussionsrunden zur Analyse des Faschismus und aktuellen Bedrohung durch Neonazis und Rechtspopulisten, ein Liederabend mit Kai Degenhardt und so weiter. Die monatlichen Veranstaltungen werden als Halbjahreskalender in einem eigenen Faltblatt bekannt gegeben. In den monatlichen Göttinger Blättern gestaltet das Rote Zentrum zudem eine Seite.

Gegenwärtig stellt sich dem Roten Zentrum die Aufgabe, einen Ort der Begegnung unter den andauernden Bedingungen der Corona-Pandemie zu gewährleisten. Wie soll Gemeinschaft bei zugleich gefordertem „social distancing“ verantwortungsvoll gestaltet werden? Wechselnde Verordnungslagen müssen studiert und beachtet, technische Hilfsmittel wie Raumluftfilter oder Handdesinfektionsmittel angeschafft, Mieten fortgezahlt, politische Kontroversen zum gesellschaftlichen Geschehen ausgehalten werden.

Für die weitere Zukunft stellt sich die Eigentumsfrage. Die Kontinuität und der Bedarf eines Roten Zentrums in Göttingen legen es nahe, die genutzten



Räume nicht nur zu mieten, sondern das Eigentum zu erwerben. Auch politisch wäre das der richtige Weg: die Häuser in die Hände derjenigen, die sie nutzen. Bereits im April 2019 stellten Bewohner*innen des Lieschen-Vogel-Hauses das Modell des Miethäusersyndikats vor. Das Miethäusersyndikat ist ein bundesweiter Zusammenschluss von über 120 Hausprojekten. Gemeinsames Ziel ist es, den Bewohner*innen und Nutzer*innen von Häusern die Gestaltungsmacht zu übertragen und Immobilien dauerhaft dem Spekulationsmarkt zu entziehen. In Göttingen sind die Hausprojekte Obere-Masch-Straße 10 (OM10) sowie das „Grüne Haus anner Ecke“ in der Wiesenstraße 28 nach diesem Modell organisiert. Die gegenwärtigen Rahmenbedingungen für einen Hauskauf in der Lange-Geismar-Straße 2 sind schlecht. Die Formulierung von gemeinsamen Zielen, in denen sich ein konkreter Nutzen wie auch eine gesellschaftliche Utopie erkennen lässt, bleibt für eine Gemeinschaft wie das Rote Zentrum umso wichtiger.

Das Rote Zentrum ist auf Genoss*innen angewiesen, die durch eine regelmäßige Fördermitgliedschaft ihre Unterstützung realisieren. Auch einmalige Spenden sind willkommen!

(...) Verwaltung des Mangels statt planerische Weitsicht (Fortsetzung von Seite 5 - Grobian)

Wie konnte sich überhaupt dieser Notstand entwickeln?

Das Land fragt jährlich statistische Zahlen ab, so dass doch für lange Jahre im Voraus der Bedarf an Plätzen und Mitarbeitenden geplant werden könnte.

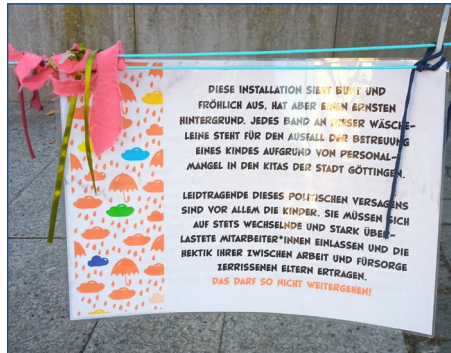
Was bedeutet es, wenn festgeschriebene Standards nicht eingehalten werden können und Eltern in ihrer Notsituation Lösungen einfordern, die weit davon entfernt sind?

Was bedeutet es eigentlich, wenn „neben“ den Standards gearbeitet wird? Welche Rückschritte sind damit verbunden?

Welche Auswirkungen hat das auf das Bildungssystem in Kindergarten und Schule, wenn gesellschaftliche Notwendigkeiten, die gefordert werden nicht „mitwachsen“?

Immer wieder gab es „zarte Pflänzchen“, in Form von diesem oder jenem Sonderprogramm oder zeitlich begrenzten Projekten (beispielsweise bezogen auf Sprachbildung), um dem Notstand abzuwehren, aber dies waren natürlich keine nachhaltigen Veränderungen.

Am 7.12.22 konnte ich im GT vom Bundesgesundheitsminister lesen, dass nun - plötzlich - nicht mehr die Wirtschaftlichkeit, sondern die Medizin im Kranken-



haus den Vorrang haben sollte. Und: Ist das eine Revolution, wurde gefragt.

Wir sagen: Ja, ein bisschen „Revolution“ in Land und Bund ist notwendig, um Bildungseinrichtungen finanziell besser auszustatten, Ausbildung zu reformieren, Mitarbeitende besser zu bezahlen und endlich all die guten pädagogischen Beispiele, die es in der Praxis gibt, umzusetzen.

Vorschläge und Einschätzungen von Gewerkschaften und Fachverbänden liegen schon lange vor. Sie müssen gehört und in der Praxis umgesetzt werden, um all die Ideen für eine demokratische Bildung und dann auch endlich kostenfreie Bildung für alle Kinder und Jugendlichen Wirklichkeit werden zu lassen.

(cs)

► Mitgliederversammlung der Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke

Am 28.11. d.J. fand die zweite Auflage der Mitgliederversammlung 2022 im Haus der Kulturen statt. Nachdem im Mai die Versammlung wg. unklarer Lage bei der satzungsgemäßen Einladung nicht zu Ende geführt werden konnte, stellte die Versammlungsleitung (Gylsan und Gunnar) diesen Fakt unwidersprochen fest.

Ecki berichtete aus der Arbeit des Sprecher*innenkreises (SK), Edgar aus der Fraktion, Hendrik über die Ortsratsarbeit in Grone, Gunnar über die Kasse 2021 und Inge über die Revision dieser Kasse. Letztere stellte den Antrag auf

Entlastung des Kassierers und nach kurzer Aussprache über die Berichte stellte Lars den Antrag auf Entlastung des Vorstandes. Diese erfolgte dann in offener Abstimmung einheitlich bei einer Enthaltung.

Bei den Neuwahlen von SK, des Kassierers und der Revisor*innen wurden den Vorschlägen des alten SK gefolgt: Neu im SK werden Gylsan, Rieke, die beide bereits eine Zeitlang dort mitgearbeitet haben, und Sylke sein, wiedergewählt wurden Bärbel, Christa und Ecki sowie Gunnar als Schatzmeister und Inge und Dietmar als Revisor*innen.

Kontakte:

Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke

Rotes Zentrum,
 Lange Geismarstraße 2
 37073 Göttingen
www.goettinger-linke.de

SprecherInnenkreis:

Dr. Eckhard Fascher, Sylke Jarosch,
 Bärbel Safieh, Christa Siebecke,
 Rieke Wolters, Gülsan Yalzin

Schatzmeister:

Gunnar Siebecke

sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

Gruppe Grone:

grone@goettinger-linke.de

Gruppe Gleichen:

gleichen@goettinger-linke.de

Fraktion Göttinger Linke

im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus, Zi. 403 (4. Stock)

Hiroshimaplatz 1-4

37083 Göttingen

Telefon 0551 - 400 2347

goelinke-ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:

Oliver Preuß

Öffnungszeiten des Büros:

Di: 10:00 - 12:00 Uhr

Mi: 13:00 - 16:30 Uhr

Do: 10:00 - 12:00 Uhr

Fraktionssitzung:

Mi: 17:00 - 18:00 Uhr öffentlich

Mandatsträger*innen:

Nornia Marcienkiwicz
 Jost Lessmann (Fraktionsvorsitzender),
 Edgar Schu,
 Torsten Wucherpfennig

Kommunalpolitischer Arbeitskreis –

Mittwoch 11. Januar, 19.00 Uhr

im Neues Rathaus, Raum 1118

Thema: Kommunale Migrations- bzw. Integrationspolitik –

Welche aktuellen Themen und Forderungen gibt es? Diskussion und Austausch mit aktiven Gruppierungen. Geladen sind wieder Gäste, die in diesem Feld arbeiten und uns wertvolle Anregungen für die kommunalpolitische Arbeit der Wähler*innen-gemeinschaft geben können. sein?

Ein Antrag auf Satzungsänderung, wonach im Falle einer Auflösung der Wähler*innengemeinschaft dem Verein „Rotes Zentrum“ das dann vorhandene Vermögen zufällt, bekam keine Mehrheit.

(gs)

Stadteigentum bleibt Stadteigentum

Machbarkeitsstudie zur ehemaligen JVA 3 Jahre lang verschleppt

Der Investor Trafo Hub GmbH hat sich gegen einen Kauf der ehemaligen JVA entschieden. Damit sind die Vorhaben der Oberbürgermeisterin Petra Broistedt erst einmal gestrichen, und es wird vorerst keinen Verkauf an eine*n Privatinvestor*in geben.

Edgar Schu, Fraktionsvorsitzender der Göttinger Linken Ratsfraktion, nimmt zu den aktuellen Verlautbarungen der Verwaltung Stellung: „Stadtbaurat Frithjof Look teilt nun mit, dass er alle möglichen Optionen prüfen werde und weist auf die begrenzte finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt hin. Für die Göttinger Linke Ratsfraktion steht fest: Stadteigentum muss Stadteigentum bleiben. Dafür werden wir im Rat der Stadt Göttingen weiter kämpfen.“

Der baupolitische Sprecher der Ratsfraktion, Jost Leßmann, konkretisiert: „Auch uns ist bewusst, dass Göttingen vor großen Aufgaben steht: Schulen sanieren, KiTas ausbauen, Klimaschutz umsetzen und den Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort weiter erhalten. Jedoch braucht es auch etwas wie das aus der Stadtgesellschaft heraus angedachte Soziale Zentrum. Der Vorlauf des Programms „Sozialer Zusammenhalt“ für die nördliche Innenstadt, die Vorbereitende Untersuchung, die im Februar 2019 vom Rat einstimmig beschlossen wurde, und die Tatsache, dass eine Machbarkeits- und Wirtschaftlichkeitsstudie zur ehemaligen JVA als eine der ersten Maßnahmen seit diesem Zeitpunkt vorgesehen war, aber offenbar seitdem verschleppt wurde, sprechen eine deutliche Sprache.“

Da Trafo Hub nun aus dem Rennen ist, liegt die Notwendigkeit der Machbarkeitsstudie aber wieder auf dem Tisch. Es sollten laut Beschluss die „Eignungen für verschiedene Nutzungsszenarien, bspw. für soziokulturelle, nachbarschaftliche und museale Zwecke sowie für Wohnen“ geprüft werden.“

Kontaktdaten

Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus, Zi. 403 (4.Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon 0551 - 400 2347

goelinke-ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:
Oliver Preuß

Öffnungszeiten des Büros:

Di: 10:00 - 12:00 Uhr

Mi: 13:00 - 16:30 Uhr

Do: 10:00 - 12:00 Uhr

Fraktionssitzung:

Mi: 17:00 - 18:00 Uhr öffentlich

Göttinger Freiflächen-Photovoltaik – Organisierte Verantwortungslosigkeit

(gekürzt) Die Göttinger Linke Ratsfraktion kritisiert die Pläne der Verwaltung, mehrere 100 Hektar Photovoltaik auf Freiflächen, also auf vorher landwirtschaftlich genutzten oder bisher nicht versiegelten Flächen im Stadtgebiet, zu installieren. Mit einem Antrag zur kommenden Ratssitzung fordert die Fraktion die Verwaltung auf, solche Installationen nur vorzunehmen, wenn im Vorfeld Antworten auf die Speicherproblematik gegeben sind.

Der umweltpolitische Sprecher und Fraktionsvorsitzende Edgar Schu wirft der Verwaltung vor, vernünftige Konzepte für erneuerbare Energien, wie etwa die des Fraunhofer-Instituts ISE in Freiburg, auf den Kopf zu stellen: „Photovoltaik sollte verbrauchernah auf Dächern und anderen sowieso schon versiegelten, siedlungsnahen Flächen wie Parkplätzen usw. installiert werden. Dann ist mit dezentralen Speichern, Wärmepumpen und Ladestationen für Elektromobilität die Speicherlösung bereits vor Ort mit wenig weiterer Infrastruktur realisierbar. Notwendige Ausbaufortschritte auf diesem Gebiet sind aber seit vielen Jahren in Göttingen verschlafen worden. Für die sonnenarme Zeit benötigt die Energiewende vor allem einen kräftigen Ausbau mit modernen, leistungsfähigen Windrädern, deren Stromproduktion auch in den kälteren Jahreszeiten läuft.“

Die durch Stadtwerke und -verwaltung verfolgte Strategie ist aber eine gänzlich andere: Man will nicht selbst für Speicher sorgen, sondern den Spitzenlaststrom der geplanten, riesigen PV-Farmen ins Netz einspeisen, damit die Probleme wie von Zauberhand an irgendeinem anderen Ort durch andere Akteure, etwa durch Elektrolyse, gelöst würden.

Das Problem muss jedoch genau betrachtet werden: Strom ist transport- und infrastrukturfähig, [...], er ist jedoch kaum speicherfähig. [...]

Schu stellt abschließend fest: „Die Verwaltung hat im Auftrag der Stadtwerke unsere Anfrage zur Ratssitzung am 18.11. dahingehend beantwortet, dass die vorliegenden ungelösten Probleme nach heutigem Kenntnisstand ‚auf Bundesebene‘ gelöst werden würden. Angesichts solcher zur Schau getragener, organisierter Verantwortungslosigkeit hilft nur noch Satire und Provokation: Die Leute in der Stadt, die Wissen schafft, wissen nicht, wie man's schafft. Vielleicht gibt es ja andere Städte mit Eliteuniversitäten, die wissen, wie man's schafft.“

Quellen:

Ungekürzte PM und Ratsantrag: <https://www.goelinke-ratsfraktion.de/aktuell>

Zum Konzept des Fraunhofer Instituts ISE:

<https://www.swr.de/wissen/odyso/waermepumpe-im-altbau-geht-das-100.html>

► Historische Möglichkeit: „SOZIALES ZENTRUM jetzt!“

Die Initiative für ein Soziales Zentrum in der ehemaligen JVA hatte einige Monate ein Wahrnehmungsproblem: Nach der skandalösen Entscheidung des Göttinger Verwaltungsausschusses, entgegen der Empfehlung des Bauausschusses nur noch mit einem Investor aus Braunschweig zu verhandeln, dachten viele Göttinger*innen, die Entscheidung sei gefallen. Im Verwaltungsausschuss hatte die bürgerliche Haushaltsmehrheit aus SPD, CDU und FDP ihre Mehrheit gegen das Soziale Zentrum genutzt.

Schwierig war es dann bei Infoständen etc., darauf hinzuweisen, dass es „nur“ um Verhandlungen ginge, deren Ausgang unsicher sei. Wie unsicher das Ganze war, zeigte dann der plötzliche Rückzug des einzigen Verhandlungspartners der Verwaltung vor wenigen Wochen: OB Broistedt steht nun wieder mit leeren Händen da, das alte denkmalgeschützte Gebäude der JVA in guter städtischer Lage steht nunmehr seit 14 Jahren leer und verkommt. Ein inakzeptabler Zustand.

„Eine historische Möglichkeit“, meint Almut Schilling, eine der Akteur*innen und Mitglied des Gesundheits-Kollektivs. Die Pläne für ein Soziales Zentrum stehen, die Finanzierung scheint gesichert, zwei Drittel der Sanierungskosten zahlen Land und Bund. Selbst bei 9 Millionen Euro Kosten (bisher geplant: Gesamtkosten 5,6 Mio) kämen so auf die Stadt nur 3 Millionen Euro zu und der Boden und das Gebäude bliebe im Besitz der Stadt!

Erinnern wir uns: Die Stadt war offenbar bereit, das Gebäude für den berühmten „Appel und ein Ei“, in dem Fall für ca 60.000 Euro an den Braunschweiger Investor zu verscherbeln. Was da entstehen sollte, war mit schicken aber dennoch nebulösen Worten gepriesen: „Space working“ oder ähnliches versprochen Fortschritt und Aufbruch. Auch einige Wohnungen waren angedacht; die hätten wir auch gerne im Sozialen Zentrum. Doch die Initiator*innen des Sozialen Zentrums haben Umbaupläne zu Wohnungen als zu teuer und unrealistisch verworfen. Dem Investor aus Braunschweig wäre es vermutlich ähnlich gegangen: nur

hätte der dann dennoch das Gelände längst gekauft. Oder er hätte Wohnungen für 20 Euro plus (Kaltmiete) angeboten.

Einzig erkennbarer „Vorteil“ eines Verkaufs an einen Investor: keine Arbeit für die Stadtverwaltung, keine Belastung für den neuen Baudezernenten. Ist es das wert? Nein. Es kann nicht Aufgabe einer Bauverwaltung sein, Arbeit an private Investor*innen abzugeben; Aufgabe muss es sein, Strukturen zu schaffen und Lösungen zu erarbeiten, die Göttingen lebenswerter machen; beim Sozialen Zentrum kann unser neuer eloquenter Dezernent da nun sinnvolle Initiativen ergreifen.

Der Wunsch der Göttinger*innen nach einem Sozialen Zentrum ist jedenfalls groß: Unterschriftensammlungen machen Spaß aufgrund der großen positiven Resonanz. Und insbesondere Menschen in dem Viertel rund um das SZ wünschen sich das!

Göttingen hat eine lange Geschichte von Auseinandersetzungen um Sanierungen, Verkauf und Abriss in der Innenstadt. So kämpften Aktivist*innen in den 70er-Jahren vergeblich um den Erhalt des Reitstallviertels. „Rettet das Reitstallviertel“ war der Titel von Demos und Aktionen 1975. Heute bedauert Göttingen angesichts der damals geschaffenen Realitäten, dass die Aktivist*innen diesen Kampf verloren haben. Und es gab Pläne, die noch weiter gingen: Zur Diskussion stand das ganze Viertel um die Johannis-kirche. Was wäre das für ein riesiger Verlust gewesen, wenn die damaligen „Modernisierer*innen“ sich dort auch durchgesetzt hätten. Heute finden wir ein großes Transparent schräg gegenüber vom alten Audimax: „Rettet das Weender Tor“. Ein „Déjà vu“ - Erlebnis für alte Aktivist*innen.

Und Göttingen braucht keine Gentrifizierungsprojekte, wie es letztlich das Projekt der Braunschweiger Investor*innen geworden wäre. Göttingen fehlen 3500 preiswerte Wohnungen. Hier scheint in der Verwaltung noch nicht mal das Bewusstsein eines Missstandes angekommen. Wir müssen dieses Problem in Zeiten des Klima-

wandels lösen, ohne neue Zementburgen am Stadtrand zu bauen. Für das Viertel um die alte JVA bedeutet das: Behutsame Sanierungen, Einbindung des Sozialen Zentrums in den Stadtteil. Die Bauverwaltung hat da extrem hohen Handlungsbedarf: die Häuser nicht vergammeln und dann „notgedrungen“ abreißen zu lassen, sondern dort möglichst warmmieten-neutral zu sanieren. Dafür zu sorgen, dass die Menschen in ihrem Viertel weiterhin wohnen und leben können.

In anderen Vierteln verdichten oder aufzustocken. Dazu braucht es auch städtische Mittel: ein soziales Wohnungsbau-Programm. Noch läuft es verkehrt: Die städtische Wohnungsbau-Gesellschaft SWB zahlt Millionenbeträge in den städtischen Haushalt. Und sowohl die SWB als auch die großen Genossenschaften schaffen kaum neuen preiswerten Wohnraum.

2023/24 nach Einführung der Neuen Gemeinnützigkeit könnte Göttingen eine neue gemeinnützige Wohnungsbau-Gesellschaft gründen, mit der neuen Landeswohnungsbau-Gesellschaft zusammenarbeiten und neuen preiswerten und gleichzeitig ökologischen Wohnraum schaffen. Nur muss das hier jemand angehen: Einer Koalition aus SPD, CDU und FDP wird man hier wenig Hoffnung entgegen bringen können. Es sei, wir machen da ganz viel Druck!

Karlheinz Paskuda

